

Nr. 6

Beschluss des MIT-Bundesvorstandes 16. Mai 2008 in Cadenabbia

CDU zurück zur Steuersenkungspartei!

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert die Union auf, sich wieder als Steuersenkungspartei zu profilieren. Wir unterstützen daher den Parlamentskreis Mittelstand und die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Vorstoß für „Mehr Gerechtigkeit im Steuerrecht durch Abschaffung der kalten Progression“.

- Eine Steuerentlastung insbesondere der unteren und mittleren Einkommensgruppen ist zeitnah umzusetzen durch die Anhebung des Steuer-Grundfreibetrages zum 1. Januar 2009.
- Die Einkommensteuertarife sollen jährlich an die Inflationsrate angepasst werden.
- Die Lohnnebenkosten sind weiter zu senken. Hierzu sollen die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit herangezogen und der Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf 2,5 % reduziert werden.
- Die Kürzung der Pendlerpauschale ist rückgängig zu machen.

Das Steuer- und Abgabensenkungsprogramm der Union muss noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.

Begründung:

Zur Sanierung der Staatshaushalte hatte die Koalitionsregierung die Steuern massiv erhöht. Spitzenverdiener zahlen zusätzlich die Reichensteuer. Für Normalverdiener wurde der Sparerfreibetrag gestrichen und die Pendlerpauschale gekürzt. Familien erhalten keine Eigenheimzulage mehr und für Verbraucher ist die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent angehoben worden. In Folge dessen ist der Aufschwung bei vielen Bürgern real im Portemonnaie nicht angekommen. So sind in den Jahren 2006 und 2007 die Bruttolöhne um 43 Milliarden Euro gestiegen. Lediglich 17 Milliarden Euro sind davon bei den Arbeitnehmern verblieben. Immer größere Teile der Mittelschicht werden in eine armutsgefährdete Schicht heruntergezogen. Die Unzufriedenheit dieser Menschen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen hat bedenklich zugenommen. Die Linkspartei gewinnt bei diesem Wählerpotential an Attraktivität. Die Union muss sich wieder als Steuersenkungspartei profilieren. Eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen ist nicht länger aufschiebbar.